

BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

A-1014 Wien, Minoritenplatz 5 · Telefon (0222) 531 20-0

GZ 10.000/17-Parl/95

Wien, April 1995

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Univ.Prof. Dr. Heinz FISCHER

XIX. GP.-NR

575/AB

1995 -04- 10

Parlament
1017 Wien

ZU

606/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 606/J-NR/95, betreffend Verdacht neonazistischer Umtriebe an der HTL Pinkafeld, die die Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser und Genossen am 15. Februar 1995 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Sind Ihrem Ministerium Informationen über rechtsextreme Aktivitäten im Umfeld der HTL Pinkafeld zugegangen bzw. bekannt?
2. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wurden daraufhin veranlaßt?

Antwort:

Es sind keine Informationen über rechtsextreme Aktivitäten im Umfeld der Höheren technischen Bundeslehranstalt Pinkafeld zugegangen bzw. bekannt.

Die bisherigen Informationen sind lediglich besorgte Äußerungen über mögliche rechtsextreme Aktivitäten an der Schule.

Zur Vermeidung von möglichen rechtsextremen Aktivitäten hat der Direktor in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat eine umfangreiche Informationstätigkeit geleistet.

- 2 -

Die in der Anfrage zitierte Festschrift wurde von Lehrern der Höheren technischen Bundeslehranstalt Pinkafeld dem Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstandes zur Begutachtung übermittelt.

09.09.1994: Referat im Rahmen einer pädagogischen Konferenz durch Mag. Aminger (Sicherheitsdirektion Burgenland).

Herr Mag. Aminger erhielt auch ein Informationsblatt der "Technischen Burschenschaft Marko-Germania zu Pinkafeld" zur Durchsicht.

30.11.1994: Der Direktor verweist in einer pädagogischen Konferenz insbesondere auf das strikte Werbeverbot an der Schule.

13.02.1995: In einer Sitzung des Schulgemeinschaftsausschusses wurde gemeinsam mit dem Landesschulinspektor der Sachverhalt beraten, Meinungen diskutiert und die weitere Vorgangsweise festgelegt. Es wurde u.a. eine Erklärung erarbeitet.

14.02.1995: Auf Anfrage des Schulleiters teilte der Bezirkshauptmann von Oberwart wHR Mag. Heiling mit, daß die "Technische Burschenschaft Marko-Germania zu Pinkafeld" genehmigt ist.

14.02.1995: Der Direktor informiert die Klassensprecher über den Zweck der gemeinsamen Erklärung und ersucht um Mithilfe.

15.02.1995: Direktor und Obfrau des Elternvereines haben ein gemeinsam verfaßtes Informationsschreiben an alle Eltern versandt. Der Direktor übergibt allen Lehrern eine pädagogische Handreichung als Information gegen Rechtsradikalismus.

- 3 -

20.02.1995: Im Konferenzsaal wird für interessierte Lehrer und Eltern der Film "Das braune Netzwerk" vorgeführt. Anschließend gab es eine Diskussion mit dem Journalisten Wolfgang Purtscheller.

22.02.1995: Der Direktor befragt einen Mitbegründer der "Technischen Burschenschaft Marko-Germania zu Pinkafeld Prof. Dipl.Ing Rudolf Jauschowitz über seine Aktivitäten.
Er wird auch über die Vorwürfe in Kenntnis gesetzt. Prof. Dipl.Ing Rudolf Jauschowitz ist sich keiner Verfehlung bewußt.

Der Amtsführende Präsident des Landesschulrates für Burgenland hat die Sicherheitsdirektion (Sonderkommission) um Mitteilung über allfällige neonazistische Umtriebe an der Höheren technischen Lehranstalt Pinkafeld ersucht.

Der Amtsführende Präsident des Landesschulrates für Burgenland hat in einem Schreiben an die Obfrau die gesamte Elternschaft um Unterstützung bei der Vermeidung von allfälligen rechts-extremen Aktivitäten gebeten.

3. Sind im Zusammenhang mit den genannten Vorfällen Anzeigen oder Disziplinarverfahren gegen Lehrer dieser Schule erstattet bzw. eingeleitet worden?
4. Wenn ja, mit welchen Konsequenzen haben diese Lehrpersonen zu rechnen?

Antwort:

Im Zusammenhang mit den genannten Vorfällen wurden keine Disziplinaranzeigen gegen Lehrer der Höheren technischen Bundeslehranstalt Pinkafeld erstattet.

Vorfälle an anderen burgenländischen Schulen sind nicht bekannt geworden.

- 4 -

5. Liegen dem Bundesministerium Informationen über Disziplinarverfahren oder Strafverfahren gegen Lehrer anderer österreichischer Schulen wegen rechtsextremer, neonazistischer oder rassistischer Äußerungen oder Handlungen vor?
6. Wenn ja, welche Schulen sind davon betroffen?

Antwort:

Es liegen keine Informationen über derartige Disziplinarverfahren oder Strafverfahren vor.

Der Bundesminister:

